



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 158
02. Juni 2017

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das deutsche Grundgesetz hat sich als Leitrahmen des politischen Prozesses in Deutschland seit bald 70 Jahren bewährt. Grundgesetzänderungen sind daher selten und wollen wohlüberlegt sein. Eingriffe in die deutsche Verfassungsarchitektur machen nur dann Sinn, wenn etwas grundlegend falsch läuft. In der Verkehrspolitik haben wir diesen Punkt erreicht.

Die Geschwindigkeit, mit der wir in Deutschland unser Verkehrsnetz sanieren und ausbauen, ist nicht mehr akzeptabel. Ursache dieses Problems sind erhebliche Effizienzverluste in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Daher haben wir uns diese Woche an eine Änderung des Grundgesetzes getraut und das Modell der Auftragsverwaltung reformiert. Ich halte die geplanten Änderungen für absolut notwendig und überfällig. Meinen Bericht dazu finden Sie auf Seite 3.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Pfingstfest und ein paar erholsame Tage!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

INNERE SICHERHEIT

Patrick Schnieder schaut Prümer Bundespolizisten über die Schulter



Foto: Schnieder

Die Bundespolizistinnen und -polizisten in Prüm leisten sehr gute Arbeit und sind mit Herzblut bei der Sache. Das konnte ich bei meinem Praktikumstag deutlich spüren. Ich durfte zwei Kollegen des Reviers auf einer Streiffahrt begleiten und habe zudem einen Eindruck von den Aufgaben der Kollegen bei einer Straßenkontrolle erhalten.

Mit Warnweste ausgestattet habe ich den Bundespolizisten bei ihrer Arbeit über die Schulter geschaut: wir waren an einer Unfallstelle, ich habe verschiedene Fahrzeug- und Personenkontrollen miterlebt und einen umfangreichen Einblick in das Aufgabenspektrum des Reviers in Prüm erhalten. Dafür bin ich den Bundespolizistinnen und -polizisten sehr dankbar! Diese Eindrücke helfen mir, die bundespolitischen Ent-

scheidungen im Hinblick auf die Innere Sicherheit vor allem im Lichte unserer regionalen Bedürfnisse zu betrachten.

Angesichts der angespannten Personalsituation bei der Bundespolizei ist unsere Entscheidung richtig, dass 7.000 neue Stellen geschaffen werden. Natürlich ist in Rechnung zu stellen, dass die neuen Stellen zunächst besetzt werden und die neuen Kolleginnen und Kollegen ihre Ausbildung durchlaufen müssen. Mittelfristig wird dadurch aber die Personalsituation entspannt und die Bundespolizei kann ihre erfolgreiche Arbeit in der Region fortführen. Dass der Prümer Standort, wie sich im Gespräch gezeigt hat, nicht zur Diskussion steht, ist ein gutes Signal für unsere Region.

EIFEL-TALK

BVB-Geschäftsführer Watzke macht den Auftakt zum Eifel-Talk



Fotos: Schnieder

Am vergangenen Dienstag reiste Hans-Joachim Watzke, der Geschäftsführer des Bundesligisten Borussia Dortmund, nach Salmtal. Watzke war meiner Einladung gefolgt, als erster Gast meines neuen Gesprächsformates ‚Eifel-Talk‘ zu sein. In dem anderthalb stündigen Podiumsgespräch in der Bürgerhalle in Salmtal gab Watzke sportliche Anekdoten aus dem Verein preis und bezog Stellung zu dem Anschlag auf den BVB-Mannschaftsbus, der Posi-

tion der Bundesliga im internationalen Vergleich und der Höhe heutiger Transfersummen.

Gemeinsam mit Herrn Watzke, ursprünglich mittelständischer Unternehmer aus dem Sauerland, sprach ich im weiteren Verlauf des Gespräches auch über politische Fragen.

Gegen Ende der Veranstaltung wurde dem Publikum die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen und Bilder mit dem BVB-Geschäftsführer aufzuneh-

men. Herr Watzke hat die Messlatte für alle weiteren Gäste des Eifel Talk unglaublich hoch gehängt. Unterhaltsam, offen und unglaublich gut informiert, so haben wir Herrn Watzke im Salmtal erlebt.

Im Rahmen des Eifel-Talk trifft Patrick Schnieder auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und stellt sich den Fragen der Bürger.

WAHLKREIS

Patrick Schnieder bei Tesla-Werk in Prüm

Im vergangenen Jahr wurde das Eifeler Maschinenbauunternehmen Grohmann Engineering von dem amerikanischen Fahrzeughersteller Tesla Motors übernommen und firmiert seither unter dem Namen Tesla Grohmann Automation. Am vergangenen Mittwoch besuchte der Eifeler Bundestagsabgeordnete Patrick Schnieder das Unternehmen auf der Dausfelder Höhe in Prüm. Tesla Grohmann stellt vollautomatisierte Produktionsanlagen für den Zusammenbau von Batteriemodulen her und gehört auf diesem Gebiet zu den Weltmarktführern.

In einem ausführlichen Gespräch, an dem neben Patrick Schnieder und der Geschäftsführung des Unternehmens auch der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm, Aloysius Söhngen, und die Prümer Stadtbürgermeisterin, Mathilde Weinandy, teilnahmen, wurden die

Potenziale der Elektromobilität und die Bedeutung des Werkes für den Standort Prüm angesprochen. Im Anschluss standen die Begehung der Produktionsstraße und eine Testfahrt mit dem Model X

auf dem Programm.

Der Mittelständler Tesla Grohmann sitzt seit 1983 in Prüm und beschäftigt dort rund 660 Mitarbeiter.



Foto: Schnieder

BUNDESTAG I

Mehr Geld für die Länder, mehr Rechte für den Bund

Bund und Länder haben sich diese Woche darauf geeinigt, ihre Finanzbeziehungen neu zu regeln. Der jetzt erzielte Kompromiss ist das Ergebnis jahrelanger und nicht immer einfacher Verhandlungen und stellt das größte Reformprojekt der Legislaturperiode dar. Die Länder werden ab dem Jahr 2020 jährlich 9,75 Mrd. Euro und somit deutlich mehr Mittel als bislang vom Bund erhalten. Im Gegenzug erhält der Bund zusätzliche Rechte in den Bereichen Infrastruktur, Steuerverwaltung und Investitionen in Schulen.

Die Reform, für die eine Änderung des Grundgesetzes mit einer Zweidrittelmehrheit notwendig war, ist insbesondere mit Hinblick auf die Umsetzung von Verkehrsprojekten von großer Bedeutung. Der schleppende Aus- und Neubau der Bundesinfrastruktur geht jedoch nicht auf fehlende Investitionsmittel, sondern darauf zurück, dass die Landesbehörden, die für die planerische Begleitung der Bauvorhaben verantwortlich sind, von einigen Landesregierungen kaputtgespart werden und in der Folge mit den verbliebenen Ressourcen die anstehende Arbeit nicht mehr bewältigen können. In beiden Fällen setzt sich Rheinland-Pfalz deutsch-

landweit an die Spitze der unrühmlichen Beispiele.

Diese Zustände sind nicht mehr tragbar. Wenn es Deutschland als Mobilitäts- und Transportnation nicht gelingt, die Umsetzung der eigenen Verkehrsprojekte erheblich zu beschleunigen, dann werden wir diesen Titel nicht mehr lange halten.

Daher haben wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen das Modell der Infrastrukturgesellschaft erarbeitet, die Autobahnen aus einer Hand plant, finanziert und baut. Damit können wir Reibungsverluste abbauen, Strukturen vereinfachen und Planungskapazitäten flexibel aufstocken.

Gleichzeitig war uns wichtig, dass die Beschäftigten der Planungsbehörden der Länder von einer solchen Änderung profitieren. Aus zahlreichen Gesprächen mit Beschäftigten ist mir bekannt, dass der Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen groß ist. Daher haben wir durchgesetzt, dass alle Arbeitnehmer unter den gleichen Bedingungen an ihrem bisherigen Arbeitsplatz bleiben können. Der einzige Unterschied wird

sein, dass sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben mehr Ressourcen zur Verfügung haben werden.

Die Privatisierung der Autobahnen ist ausdrücklich ausgeschlossen, sie werden in unveräußerlichem Eigentum des Bundes verbleiben. Es kommt weder zu einem heimlichen Ausverkauf noch zu einer Privatisierungswelle.

Öffentlich-Private Partnerschaften – kurz ÖPP-Projekte – sollen hingegen zusätzlich weiterhin möglich sein. Bei ÖPP-Projekten werden Bauvorhaben gemeinsam von der öffentlichen Hand und privatwirtschaftlichen Unternehmen realisiert. Derartige Kooperationsmodelle sind bereits seit vielen Jahren in Deutschland im Einsatz und haben nachweislich dazu geführt, dass etliche Projekte schneller fertiggestellt wurden. Gleichzeitig wird es weiterhin enge Regeln geben, damit die finanzielle Verantwortung für Verzögerungen bei den privaten Partnern liegt.

BUNDESTAGSWAHL

Noch nicht 18 und trotzdem wählen!? Schnieder ruft Schülerinnen und Schüler zur Juniorwahl auf

Am 24. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Hier sind alle Wahlberechtigten aufgerufen, Ihre Stimme abzugeben. Wer aber nicht wahlberechtigt ist, muss deshalb nicht gleich auf das Wahlerlebnis verzichten. Mit der bundesweiten Juniorwahl bekommen Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland die Gelegenheit, in einem eigenen Wahlverfahren an der Bundestagswahl teilzuhaben. Alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 in den Sekundarstufen I und II sowie in den Berufs- und Förderschulen haben eine Woche vor der Bundestagswahl im September die Möglichkeit, an der Juniorwahl

2017 teilzunehmen. Die Juniorwahl findet in allen 16 Bundesländern sowie weltweit an den Deutschen Außenschulen in der Woche vor der Bundestagswahl statt.

Mit extra zu Verfügung gestelltem Material lernen die Schülerinnen und Schüler in ihren Fächern mehr über Politik, ganz besonders natürlich zur anstehenden Bundestagswahl. Indem der gesamte Wahlablauf, von der Organisation bis hin zur Stimmabgabe, von den Schülerinnen und Schülern selbst gemanagt wird, erscheint dieses Thema für die Schüler viel greifbarer.

Interessierte Schulen können sich noch für die Juniorwahl anmelden. Der Unterricht zu diesem Thema beginnt wenige Wochen vor dem Wahltermin. Den Höhepunkt dieses Projekts bildet schließlich der Wahltag, wenn die in den Schuwahllokalen abgegebenen Stimmen ausgewertet und am Abend die bundesweiten Ergebnisse bekanntgegeben werden.

Die Anmeldung zur Juniorenwahl 2017 erfolgt entweder per Mail (kontakt@juniorwahl.de) oder anhand des Anmeldeformulars auf der Homepage (www.juniorwahl.de).

BUNDESTAG II

Prümer Schüler ist für vier Tage Bundestagsabgeordneter



Foto: Schnieder

Wie es ist, Bundestagsabgeordneter zu sein, durfte in dieser Woche der 19-jährige Aaron Igelmund aus Ormont in Berlin ausprobieren. Der Prümer Schüler nahm am Planspiel „Jugend und Parlament“ teil, bei dem Jugendliche aus ganz Deutschland im Deutschen Bundestag zusammen kommen und für vier Tage in die Rolle der Bundestagsabgeordneten schlüpfen.

Aaron Igelmund, der eigentlich Schüler am Prümer Regino-Gymnasium ist, kam auf meine Einladung vom 27. bis 30. Mai nach Berlin. Klar, dass wir uns unter Kollegen auch zu einem gemeinsamen Gespräch getroffen haben.

„Jugend und Parlament“ ist etwas ganz Besonderes. Normalerweise darf niemand außer den gewählten Bundestagsabgeordneten den Plenarsaal be-

treten. Für die Jugendlichen machen wir aber gerne eine Ausnahme. Denn so können sie einen realistischen Einblick in politische Entscheidungsprozesse und die Arbeit des Parlaments gewinnen.

Aaron Igelmund berichtete im Gespräch von seinen Aufgaben in seiner Fraktion und seiner Rolle. Die Teilnehmer werden mit realistischen Lebensläufen auf ihre Rollen vorbereitet. Sie nehmen eine ganz andere Identität an und füllen dann die Rolle im Planspiel aus. Um den realistischen Eindruck noch zu vertiefen, sind die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker Mitglieder in fiktiven Fraktionen sowie in verschiedenen Ausschüssen, kommen in Arbeitsgruppen- und Fraktionssitzungen zusammen und beraten vier fiktive Gesetzentwürfe. In zwei Plenarsitzungen, die live im Parlamentsfernsehen übertragen wurden, konnten sich die Jugendlichen zudem als Redner im Plenarsaal des Reichstages beweisen.

BUNDESTAG III

Lisa Rieth absolviert vierwöchiges Praktikum

Mein Name ist Lisa Rieth, ich komme aus Neuwied und studiere Wirtschaftsrecht am Umweltcampus Birkenfeld. Jeden Tag lese ich in den Medien Neues aus Berlin: „Die Bundesregierung hat ein neues Gesetz verabschiedet, in welchem...“, „Angela Merkel berät sich mit dem französischen Präsidenten über...“. Doch was genau spielt sich hinter den teils modernen und teils alten Mauern der Regierungsgebäude ab? Wie läuft die parlamentarische Arbeit, welche die Grundlage meines Studiums bildet, in der Praxis ab? Die Neugier hat mich getrieben, dies selbst herauszufinden.

Als Praktikantin des CDU-Bundestagsabgeordneten Patrick Schnieder bekam ich vier Wochen lang die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des Bundestags zu werfen. Während der Sitzungswochen konnte ich das im

Studium theoretisch erworbene Wissen hautnah in der alltäglichen Praxis erleben. Ich besuchte Arbeitsgruppen, Ausschüsse und Plenarsitzungen. In diesen konnte ich genauestens beobachten, wie das Gesetzgebungsverfahren im Detail abläuft.

Auch außerhalb der Sitzungen habe ich viel Lehrreiches mitnehmen können. Durch die kompetente und herzliche Betreuung des Büros erhielt ich vielseitige und interessante Aufgaben. Dazu gehörten Recherchen zu steuerrechtlichen Themen, zu datenschutzrechtlichen Aspekten sowie zum Umgang mit Cannabis.

Persönliche Highlights waren die AG Sitzung mit Herrn

Volker Kauder, die Plenarsitzung, in welcher eine Grundgesetzänderung stattfand, die zweimalige Begegnung mit Frau Merkel und das Aufeinandertreffen mit Abgeordneten sowie Ministern, während man auf den Gängen des Bundestags umherirrte.



Foto: Schnieder

UNESCO

UNESCO-Geopark Vulkaneifel ist für die Region Gold wert

Der Natur- und Geopark Vulkaneifel steht in einer Reihe mit dem Grand Canyon in den USA oder Machu Pichu in Peru. Alle drei sind UNESCO Global Geoparks. Diese UNESCO-Stätten wurden 2015 etabliert und zeichnen neben den bekannten Welterbestätten und Biosphärenreservaten Landschaften von internationaler geologischer Bedeutung aus.

Mit der Anerkennung als UNESCO Global Geopark ist die Attraktivität des Naturparks Vulkaneifel nochmal enorm gestiegen. Der Tourismus und die örtliche Wirtschaft konnten so weitere Potentiale entfalten. Für das Image der Vulkaneifel ist die Auszeichnung daher Gold wert. Und sie freut mich besonders, da ich die Bemühungen und die Bewerbung in Berlin in zahlreichen Gesprächen mit der Bundesregierung intensiv unterstützen konnte.

Bei einem Gespräch im Auswärtigen Amt in Berlin, wo die Geoparks von Seiten der Bundesregierung betreut werden, zogen die Verantwortlichen in dieser Woche eine erste Bilanz. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Natur- und Geoparks Vulkaneifel, Dr.



Foto: Schnieder

Andreas Schüller und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der GmbH und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Daun, Werner Klöckner, nahm ich an diesem Gespräch teil.

Es wurde über den Nutzen der Geoparks für die regionale Entwicklung und über ihre weiteren Perspektiven diskutiert. Es gilt nun, die Geoparks nachhaltig

zu unterstützen, damit sie ihren Status auch zukünftig erhalten können. Denn im Unterschied zu den anderen UNESCO-Stätten müssen sich die Global Geoparks alle vier Jahre einer internationalen Neubewertung unterziehen.

ENGAGEMENT

Gespräch mit BDKJ in Trier



Foto: Schnieder

In Trier habe ich mich mit Vertretern des BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) getroffen. In unserem Gespräch ging es um aktuelle Fragen der Flüchtlingspolitik.

Die Mitglieder des BDKJ engagieren sich in unterschiedlichen Projekten für Flüchtlinge und haben mir von ihren Erfahrungen berichtet. Wir diskutierten über Fragen der Integration und wie sich junge Menschen in der Region für die Flüchtlinge einsetzen. Ein Beispiel dafür waren Sprachkurse.

DATENSCHUTZ

Chancen und Risiken der Biometrie

Diese Woche habe ich in Berlin einen Vortrag zur Frage des Umgangs mit biometrischen Daten gehalten. Biometrische Daten erfassen individuelle körperliche Merkmale wie den Fingerabdruck, die Handfläche oder die Iris des Auges und sind heutzutage bereits fester Bestandteil unseres Alltages. Fast alle Deutschen kommen in Ihrer Rolle als Bürger, Reisende oder Angestellte mit der Technologie in Berührung. Biometrische Reisepässe oder Fingerabdruckscanner zur Entsperrung des Smartphones sind weit verbreitet. Im Jahr 2017 werden 55% aller weltweit verkauften Smartphones einen Fingerabdruck besitzen. 2018 werden es bereits mehr als zwei Drittel aller Smartphones sein. Das hat zur Folge, dass in wenigen Jahren die Fingerabdrücke des Großteils der Menschheit in digitaler Form und außerhalb öffentlicher Stellen erfasst sein werden. Das Thema des biometrischen Datenschutzes ist hochaktuell.

Was zeichnet biometrische Daten aus?

Biometrische Daten sind die sensibelsten aller Daten. Ihre größte Stärke ist gleichzeitig auch ihre größte Schwäche: Biometrische Merkmale sind nicht nur personenbezogen, sondern in der Regel auch personengebunden. Sie begleiten einen Menschen ein Leben lang und sind nicht auswechselbar. Außerdem liegen sie dank moderner Technik in digitaler Form vor und können beliebig verteilt und kopiert werden. Der Diebstahl biometrischer Daten bedeutet vielfach, dass Identitätsdiebstahl möglich ist. Biometrische Daten brauchen daher einen ganz besonderen rechtlichen Schutz.

Wo liegen die Gefahren?

Wenn es um sinnvolle Einsatzmöglichkeiten der Biometrie geht, sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Leider braucht es auch nicht viel Fantasie, um sich Möglichkeiten des Missbrauchs auszumalen. Schon heute kann aus dem Scan eines Auges auf Bluthochdruck oder Diabetes geschlossen werden. Informationen, die beispielsweise für Versicherungen hochinteressant wären.

Die Biometrie darf niemals mit der Degradierung des Menschen zu einer quantifizierbaren Messgröße und der Erstellung von Bewegungs- und Verhaltensprofilen eines Menschen einhergehen. Einwilligung in die Erhebung derartiger Daten und lückenlose Transparenz sind die nicht verhandelbaren Grundvoraussetzungen. Es wird darauf ankommen, herauszufinden, wie man diese Technik im Einzelfall – zum Beispiel bei der Rasterfahndung – nutzen kann, ohne eine permanente Dauererfassung einzuführen. Denn eines ist sicher: Wenn biometrische Erkennung schleichend vom Einzel- zum Regelfall wird, können wir uns von der Idee selbstbestimmter Freiheit verabschieden.

Wie werden biometrische Daten geschützt?

Die Politik muss daher die technologische Entwicklung der Biometrie ganz genau im Auge behalten. Das Finden der richtigen Balance zwischen dem grundrechtlich gewährleisteten Persönlichkeitsschutz und den Datennutzungspotenzialen für Wachstum und Wohlstand ist die zentrale Herausforderung. Und wir müssen den Regelrahmen für den Einsatz der Technologie ständig neu abstecken. Am 27. April haben wir im Bundestag mit der Überarbeitung unseres Datenschutzrechts begonnen. Erstmals werden biometrische Daten explizit aufgeführt. Die Verarbeitung biometrischer Daten ist nur dann möglich, wenn die erfasste Person ausdrücklich einwilligt. Möchten Unternehmen derartige Verfahren verwenden, müssen sie hohe datenschutzrechtliche Voraussetzungen erfüllen.

Eine absolute Sicherheit wird auch hier nicht möglich sein. Auch jedes biometrische System hat eine unvermeidbare Restfehlerquote. Daher wird es umso wichtiger, dass wir uns hohe Standards setzen, die Vertrauen schaffen. Vertrauen in die Technologie und Vertrauen in die Betreiber der Technologie.

VIDEO-INTERVIEW zu diesem Thema:

https://youtu.be/Ch1_vsnsWiE

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... fand in dieser Woche das Fotoshooting mit Frau Merkel statt.

In dieser Woche stand für einige CDU-Kandidaten zur Bundestagswahl ein besonderer Termin an: Das Fotoshooting mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Ich hatte besonderes Glück. Ich habe einen recht frühen Termin erwischt und war heute der dritte Kandidat.

Der erste in der Reihe war Dr. Thomas de Maiziére. Kurzer Plausch, in die Kamera lächeln und fertig.

Danach kam Peter Altmaier. In etwa das gleiche Prozedere.

Dann war ich an der Reihe. Ein kurzes „Hallo“, die Fotografin stand in den Startlöchern. Doch wir mussten erst einmal unterbrechen. Ich war zu lang. Der Unterschied in der Körpergröße war etwas zu groß.

Also musste erst einmal ein Podest für Frau Merkel herbeigeholt werden. Das war auch schnell gefunden. Also wieder positionieren und los geht's.

Jetzt hatten wir allerdings den Effekt, dass Frau Merkel meine Schulterhöhe um einige Millimeter überragt.

Das ist aber kein Problem, wie ich finde. Ich kenne mich mit dem Problem der Verwechslung von Größe und Länge aus. Und im Fall von Frau Merkel schaue ich zur Person und zur Leistung gerne auch mal auf.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/227 71883

Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)

[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

BESUCHERGRUPPEN

In den vergangenen zwei Wochen waren wieder viele Gäste aus der Heimat in Berlin. Ich danke allen für den Besuch im Deutschen Bundestag und für die guten Diskussionen mit interessanten, witzigen und bereichernden Fragen!

rechts: Die Schülerinnen und Schüler der St. Matthias Schule in Bitburg.



links: Die Schülerinnen und Schüler des Eifelgymnasiums Neuerburg.

rechts: Die Abschlussklasse der Astrid-Lindgren Schule Prüm.



links: Der Musikverein Birresborn-Mür-lenbach nutzte das verlängerte Wochenende für eine Städtereise und einen Besuch im Reichstagsgebäude.

Fotos: Schnieder